Die Anti-Rassismus-Vorlage spaltet die Christen

Die Abstimmungsvorlage vom 9. Februar entzweit die Christen in der Schweiz. Die einen sind für, die anderen gegen eine Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm um die sexuelle Orientierung. Der Graben zieht sich quer durch das katholische und reformierte Lager.

Regula Pfeifer

Geht es nach der Vorlage vom 9. Februar, sollen fortan nicht nur die «Diskriminierung und der Hass wegen Rasse, Ethnie oder Religion» strafrechtlich verfolgt, sondern auch die Diskriminierung wegen sexueller Orientierung. Gegen dieses Gesetz ist das Referendum ergriffen worden, weshalb es nun zur Abstimmung kommt.

Für Bischöfe ist Positionsbezug heikel

Die Schweizer Bischöfe halten sich aus der Debatte raus. An ihrer Vollversammlung im Dezember beschlossen sie, keine Empfehlung dazu abzugeben. Dies habe seinen Grund, erklärte Erwin Tanner, Generalsekretär der Schweizerischen Bischofskonferenz, anschliessend: «Spricht sie (die Kirche, Red.) sich für die Rechtsnormerweiterung aus, wird nach dem Verhalten im eigenen Kreis gefragt. Spricht sie sich dagegen aus, wird sie als homophob hingestellt.»

Soziallehre verbietet Diskriminierung

Die Bischöfe würden sich in dieser Frage an der Soziallehre der katholischen Kirche orientieren, so Tanner weiter. Diese halte klar fest, dass es keine Diskriminierung von Menschen aufgrund deren sexueller Ausrichtung geben dürfe. Das beinhalte umgekehrt aber keine Aussage über Beziehungen zwischen homosexuellen Menschen.

Churer Weihbischof befürchtet Gerichtsurteile

Eine eigene Stellungnahme publizierte der Weihbischof Marian Eleganti. In einem Gastbeitrag auf der Webseite der Stiftung Zukunft CH äusserte er sich ablehnend: "Jetzt sollen wir aufgrund von Antidiskriminierungsgesetzen auch noch durch Gerichtsurteile zum Schweigen gebracht – und bestraft werden."

Schwule Seelsorger sind fürs Gesetz

Für eine Erweiterung der Anti-Rassismus-Gesetzes ist der Verein Adamim, der homosexuelle Seelsorger aller Konfessionen vertritt. Er wolle dies öffentlich machen als Gegenüberstellung zu Äusserungen "aus der fundamentalistischen christlichen Ecke". "Wir verstehen uns dabei in Fortschreibung der Praxis Jesu, der sich für unterdrückte Minderheiten einsetzte."

Reformierte Kirche für Schutz vor Diskriminierung

Ebenso gespalten wie das katholische ist das protestantische Lager. "Ja zum erweiterten Schutz vor Diskriminierung" teilte die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS) mit. Sie vertritt die Mehrheit der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden und Landeskirchen sowie die Methodistischen Kirchen der Schweiz.

"Werden Menschen gezielt herabgesetzt und diskriminiert, verletzt dies ihre Würde als Geschöpfe Gottes", erklärt die EKS. Deshalb unterstütze sie die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm, die künftig verbietet, Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren.

Ein "Ausdruck geschöpflicher Fülle"

Die EKS selbst müsse gemäss ihrer neuen Verfassung darauf achten, dass «bei all ihrem Wirken in Wort und Tat niemand diskriminiert" werde. Zudem habe sich ihre Abgeordnetenversammlung unlängst gegen jegliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung gestellt. Sexuelle Orientierungen würden "als Ausdruck geschöpflicher Fülle" wahrgenommen.

Evangelische Allianz will Mann-Frau-Ehe privilegieren können

Die Nein-Parole beschlossen hat hingegen der Vorstand der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA), der evangelisch-freikirchliche und evangelisch-reformierte Gemeinden und Organisationen angehören. Die erweiterte Anti-Rassismus-Strafnorm sei «problematisch und überflüssig». Das geltende Recht biete genügend Ahndungsmöglichkeiten. Zudem sei ein Konflikt mit der Meinungsfreiheit absehbar.

Die SEA betonte, sie verurteile jegliche Form von Hass und Gewalt gegenüber Menschen jeglicher sexueller Orientierung. Es müsse aber weiterhin bedenkenlos möglich sein, gemäss dem Verständnis der Bibel eine kritische Haltung zu gewissen Lebensstilen zu vertreten.

(Weitere Kürzungsmöglichkeiten:

- Zwischentitel

- ev. Stellungnahme Adamim)